Leonie Baumann

Eine Stadt für Kultur - eine Stadt mit Kultur?

Als die Mauer zwischen Ost- und West Berlin geöffnet und die reale Trennung zwischen sozialistischem und kapitalistischem System zu Gunsten des letzterem aufgehoben wurde, hob sich der Vorhang zu einem einzigartigem Akt der Geschichte. 40 Jahre waren vergangen, in denen sich zwei Städte nach konträren politischen, kulturellen und sozialen Vorzeichen entwickelt hatten. Nun sollten sie zu einem Ganzen, der Hauptstadt Deutschlands, zusammengefügt werden. Nicht wenige hegten die Hoffnung, daß diese ungewöhnliche historische Situation auch die Chance hätte beinhalten können, aus den bekannten Problemen anderer Großstädte zu lernen, indem deren Entwicklungsprozesse analysiert und auf die Berliner Situation übertragen würden. Aus ihren Erfahrungen zu lernen, hätte geheißen, nicht die gleichen Fehlentscheidungen treffen zu müssen und neue Lösungswege zu beschreiten im Interesse einer lebenswerten Großstadt, deren positives Image sie im Weltmaßstab auszeichnen könnte.

Die ökologischen, stadtplanerischen, architektonischen oder kulturellen Entscheidungen der letzten Jahre lassen jedoch an ähnlichen Prämissen orientierte, nachvollziehbare und langfristig geltende Kriterien sowie ressortübergreifende Begründungszusammenhänge vermissen. Darüber hinaus wurde einzig und allein im "Stadtforum" versucht, eine konstruktiv geführte streitbare öffentliche Auseinandersetzung über ein "Modell Berlin" zu führen. Es drängt sich allerdings der Eindruck auf, als hätte dieses Forum eher eine Alibifunktion für diejenigen gehabt, die eine öffentliche Diskussion eingeklagt haben, denn auffällig oft ist den Ergebnissen der Fach- und Sachberatungen vieler in- und externer Experten im "Stadtforum" durch politische Entscheidungen vorgegriffen worden. Auch die interdisziplinäre Betrachtung der Beratungsgegenstände läßt zu wünschen übrig, da bisher zum Beispiel künstlerisch-kulturelle Fragestellungen der Stadtentwicklung eine eher unbeachtete Nebenrolle spielten. Ein Sachverhalt, der schwer verständlich ist, da die politisch Verantwortlichen der Stadt mehrfach bekundeten, Kultur zu einem Schwerpunkt ihrer Politik und Förderung gemacht zu haben. Der Grund dafür ist ebenso naheliegend wie pragmatisch: Kultur ist der einzige Bereich, in dem Berlin aus dem Stand heraus hauptstädtische Funktionen übernehmen könne und auch schon weitgehend trage.

Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenwachsen der beiden Stadthälften für die kulturelle Entwicklung ergeben könnten, waren frühzeitig erkannt worden. Die ersten Mahner meldeten sich bereits im April 1990 anläßlich einer Anhörung der Arbeitsgruppe Kultur des provisorischen Regionalausschusses Berlin zu Wort, da einerseits die Aufhebung traditioneller Formen staatlicher Kunst- und Kulturförderung und der Einrichtungen der DDR absehbar war und andererseits durch das Vorhandensein von ähnlichen Institutionen zu vermuten war, daß deren mögliche Zusammenführung nicht reibungslos verlaufen würde. "Ohne Berücksichtigung historisch gewachsener Funktionen kultureller Einrichtungen, ihrer Rolle in einem größeren Arbeits- und Funktionszusammenhang des kulturellen Lebens und der Medienproduktion, ist aber eine notwendige Neuorientierung von vornherein zum Scheitern verurteilt und es besteht die Gefahr unwiederbringlicher Verluste". Es wurde eine Art "Stillhalteabkommen" gefordert und man hoffte, angeregt von engagierten Äußerungen einzelner Mitglieder der Kultusministerkonferenz, auf eine "konzertierte Aktion speziell mit der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag" zur Stärkung des Berliner Kunst- und Kulturlebens, um gemeinsam Perspektiven, Schwerpunktsetzungen und Problemlösungen entwickeln zu können.

Aus heutiger Sicht ist zu bezweifeln, ob jemals ernsthafte Bestrebungen zu einer breit angelegten Unterstützung aus Bonn bestanden haben. Alle äußeren Anzeichen und sichtbaren Ergebnisse sprechen dagegen. Kultur blieb bisher bei allen vertraglichen Vereinbarungen, seien es der Staatsvertrag oder der Hauptstadtvertrag weitgehend unberücksichtigt. Im Gegenteil: die Berliner Kultur hat in den letzten Jahren den größten Subventionsabbau der bundesdeutschen Geschichte durch die Bundesregierung hinnehmen müssen. Während Bonn noch bis zur Jahrtausendwende jährlich eine großzügige finanzielle Unterstützung für seine Kultureinrichtungen als Hauptstadt-Sonderförderung der Bundesregierung erhält, bekommt Berlin nur einen Bruchteil der beantragten und benötigten Summe.

Die Gründe für dieses geringe Interesse an der Kulturerhaltung,-förderung und -entwicklung der deutschen Hauptstadt sind wohl auf vielen Ebenen zu finden. Naheliegende Ursachen für das mangelnde Engagement Berliner und Bonner christdemokratischer Politiker könnten die politische und religiöse Heterogenität Berlins als Ergebnis vierzigjähriger unterschiedlicher Entwicklung sein. Hier gibt es sowohl Stadtbezirke, deren Mehrheit christdemokratisch als auch Bezirke, die mehrheitlich kommunistisch wählen, es gibt westliche Stadtteile, deren Anteil an Christen weit über 50 Prozent liegt und andere im Osten, die noch nicht einmal 2 Prozent Kirchenmitglieder verzeichnen. Wer wollte hier eine Förderung aus vollem Herzen erwarten? Was läge näher, als erst einmal so wenig wie möglich zu investieren und abzuwarten, wie sich die Hauptstadtbevölkerung bewährt, wie sich Spreu vom Weizen trennt?

Auch wenn der Kultursenator Berlins die Entscheidungen der Bonner Regierungskoalition als "lachhaft" bezeichnet, so haben doch seine Politik und seine Äußerungen in der Vergangenheit dazu beigetragen, dieser Entwicklung Vorschub zu leisten. Denn wer sich eher damit brüstet "den Künstlern im subventionsverzogenen Westberlin" das Wort 'sparen' erst buchstabiert zu haben und ihnen vorhält, sie müßten "mehr unternehmerische Phantasie" (focus-

Interview) entwickeln, der darf sich nicht wundern, wenn andere aus ähnlichen Haltungen heraus finanzpolitische Sparprogramme verordnen. ähnlich drastische Äußerungen gegenüber abwandernden Unternehmen zu verlautbaren, die die wahren Subventionsempfänger im Westteil der Stadt gewesen sind, würde keinem Politiker einfallen. Um sie zum Bleiben zu bewegen oder andere zur Ansiedlung in Berlin zu motivieren, werden Zugeständnisse jeder Art denkbar.
Kultureinrichtungen dagegen können zunehmend weniger damit rechnen, daß ihre Subventionierung als Teil eines wirtschaftlich städtischen Gefüges angesehen wird. Inflationär wird der Wirtschaftsfaktor der Kultur beschworen und erwartet, daß Kunst- und Kultureinrichtungen unternehmerischer und wirtschaftlicher arbeiten. Als in den siebziger Jahren die Ergebnisse der ersten Untersuchungen zum Wirtschaftsfaktor der Kultur veröffentlicht wurden, konnte anhand beeindruckender Zahlen belegt werden, daß die angeblich verlorenen hohen öffentlichen Subventionen von Museen, Theaterbetrieben oder anderen Spielstätten zu einem hohen Prozentsatz den ortsansässigen Unternehmen wieder zugute kommen über Auftragsvergabe an Handwerksbetriebe und vielem anderen mehr. Jede öffentliche Ausgabe für Kultur aus dem städtischen Haushalt ist daher als Bestandteil eines vielschichtig funktionierenden Gefüges von öffentlichen Institutionen und privaten Anbietern sowie des wirtschaftlichen Funktionierens einer Stadt anzusehen. Es sind keine "verlorenen" Ausgaben, wie es im Denken vieler Politiker verankert zu sein scheint. Unabhängig von der wirtschaftlichen Effizienz städtischer Kultur, die sich eben nicht nur in Zahlen belegter Hotelbetten, sondern auch durch die Förderung ortsansässiger Betriebe ausdrückt, ist das Vorhandensein einer kulturell künstlerischen Atmosphäre, einer bunten Vielfalt von großen und kleinen Institutionen und Angeboten nicht zu bezahlen, sondern nur zu pflegen. Gerade in einer Zeit, in der sich Konsummöglichkeiten, Einkaufszonen, -Passagen und -Zentren in Angebot und äußerem weltweit immer mehr ähneln, ist es die Kultur einer Stadt, die das "Flair" der Unverwechselbarkeit, der nicht austauschbaren Erfahrungen ausmacht, die Menschen vom Objekt zum Subjekt ihres Tuns und ihres Erlebens werden läßt.
Im Prozeß des Zusammenwachsens von Ost- und West-Berlin sind bisher viele Kultureinrichtungen "abgewickelt", geschlossen, bis zur Schmerzgrenze verkleinert und umfunktioniert worden, anstatt daß darüber nachgedacht worden wäre, wie denn ein Kulturkonzept Berlin, die Utopie einer Kulturhauptstadt, aussehen könnte. Die neue Situation wurde nicht als Chance begriffen, die politische Bedeutung, die der Berliner Kultur zugewiesen wird, bleibt ein Lippenbekenntnis. Reale ressortübergreifende Unterstützung erhält sie nicht, die finanzielle Ausstattung des Kulturetats bleibt hinter der anderer Großstädte Deutschlands zurück und mit 2,6 Prozent des Landeshaushaltes ist keine Bestandssicherung des Vorhandenen zu gewährleisten.
Über die mangelnde finanzielle Ausstattung des Kulturressorts hinaus werden auch keine politischen Entscheidungen getroffen, die andere fatale Entwicklungen beeinflussen könnten. So verdrängen die steigenden Gewerbemieten angestammte Kulturinstitutionen aus ihren Räumen und Künstler können ihre Ateliers nicht mehr bezahlen. Nicht einmal im öffentlichen Besitz befindliche Räume und Standorte werden umsonst oder für einen geringen Mietzins für Kunstinstitutionen zur Verfügung gestellt. So vollzieht sich in Berlin eine Vertreibung von Präsentierenden und Produzierenden der Kunst und Kultur, die in ihrem Ergebnis einem kulturellen Ausverkauf gleichkommt. Nur Zyniker können hierin die selbstreinigenden Kräfte des Marktes sehen, denn es betrifft nicht selten diejenigen, die nicht zu den großen Subventionsempfängern gehören. Für die Förderung der Arbeitsbedingungen zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler sieht der Kulturhaushalt Berlins im Jahr ohnehin nur einen verschwindenden Prozentsatz vor. Mit den ständig steigenden Kosten und Problemen werden Künstler alleine gelassen, dabei gibt es seit langem die Diskussion um Schutzklauseln gegen die beliebige Erhöhung von Ateliermieten und strukturelle Einflußnahmen gegen die Verdrängung der Künstler aus den Innenstadtbereichen. Nicht nur finanzielle Förderungsbedingungen, sondern auch politische Schwerpunktsetzungen und Entscheidungen könnten dem Verschwinden von Kunst und Kultur Einhalt gebieten.
Berlin ist eine unverwechselbare Stadt. Ihr Stadtbild, ihre Verkehrsadern, ihre Atmosphäre und das Denken der Menschen zeigen die Spuren der Teilung. Spuren, die zur Geschichte der Stadt genauso dazugehören, wie die unterschiedlich gewachsenen Kultureinrichtungen und -institutionen. Diese Stadt ist anders als andere Städte und in diesem Anderssein muß kein Mangel, sondern kann eine zu bewahrende Besonderheit gesehen werden. Prämissen für zukünftige notwendige Veränderungen könnten aus der historischen Bedeutung und Entwicklung Berlins vielfältiger Art sein: Weltstädte der Zukunft müssen in der Lage sein, viele Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugungen aufzunehmen, politische Toleranz und konstruktive Konfliktfähigkeit sollten einen offen geführten Diskurs über politische Schwerpunktsetzungen und Perspektiven prägen, Kunst und Kultur benötigen größere Unterstützung auf Grund ihrer Bedeutung für ein Zusammenleben in großen Städten als bisher, wobei Vielfalt und Experimente für die Atmosphäre der Stadt wichtiger sind, als spektakuläre Highlights.
In einer Metropole wie Berlin, in der immerhin 3,5 Millionen Menschen leben, kann es kein zuviel an kulturellen Angeboten und künstlerischen Betätigungsfeldern geben. Durch sie entwickeln Menschen Kreativität, werden irritiert, zu phantasievollem Denken und zur Neugierde angeregt, Eigenschaften und Verhaltensweisen, die Grundvoraussetzungen zur Teilnahme und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft sind.